

Geschichte der Rundfunknachrichten

i

Die Lerneinheit soll Ihnen einen Überblick über die Geschichte des Rundfunks in Österreich geben, wobei vor allem herausgearbeitet werden soll, dass das Massenmedium Radio von Anfang an von Parteien und diktatorischen Regimes für deren politische Interessen als Manipulations- und Propagandainstrument missbraucht worden ist. Einen (offiziell) parteiunabhängigen Rundfunk gibt es in Österreich erst seit dem Rundfunkgesetz von 1966.

?

- Wie waren die Machtverhältnisse in der Geschichte des Rundfunks verteilt? Wie viel Einflussnahme gab es von Seiten der politischen MachthaberInnen?
- Wie war/ist das Medium Rundfunk rechtlich organisiert?
- Wo liegen die Wurzeln des österreichischen Monopolrundfunks? Welche Möglichkeiten ergaben sich daraus für PolitikerInnen diesen für ihre Zwecke zu nutzen?
- Wie war der österreichische Rundfunk zur Zeit des Nationalsozialismus organisiert?
- Seit wann gibt es gesetzlich verankerte Statuten, die (größtmögliche) Objektivität bei der Auswahl und Zusammenstellung bei der Produktion von Rundfunknachrichten garantieren?

Der Österreichische Rundfunk (ORF) ist heute ein sogenanntes **Bimedien**, das sich aus Hörfunk und Fernsehen zusammensetzt.

Die österreichische Radiogeschichte beginnt bereits in den 1920er Jahren, Fernsehen gibt es erst seit 1955.

Von den Anfängen bis zum Rundfunkgesetz 1966, das als Folge des **>>Rundfunkvolksbegehrens von 1964** beschlossen wurde, stand der österreichische Rundfunk stets im Kreuzfeuer politischer Interessen, **Propaganda** und des **>>Proporz**.

Wesentliche Abschnitte der Entwicklung waren:

1924 – 1938 Österreichische Radio-Verkehrs-AG (RAVAG)

1924 – 1933 Der Arbeiter-Radiobund Österreichs (ARABÖ)

1933 – 1938 Radio im Ständestaat

1938 – 1945 NS Radio

1945 – 1954 „Besatzungsrundfunk“

1957 – 1964 Die Österreichische Rundfunkgesellschaft (Proporzrundfunk)

1964 Rundfunkvolksbegehren

1966 Rundfunkgesetz 1966

1967 Gründung des Österreichische Rundfunk (ORF)

1974 Rundfunkgesetz

1994 Dualer Rundfunk

2001 neues ORF Gesetz

RAVAG

Gründung

Dem Aufbau des Österreichischen Rundfunkwesens widmete sich ab 1920 der Wiener Jurist Oskar Czeija (1887–1958), der eine Rundfunkstation gründen wollte, die nicht nur Nachrichten, sondern auch künstlerische Darbietungen drahtlos übertragen sollte. Er entwarf das Konzept eines Monopolrundfunks. Czeija erhielt vom christlichsozialen Bundeskanzler Ignaz Seipel die Konzession zur Gründung der RAVAG (Radio-Verkehrs-AG) und wurde deren Generaldirektor. Die erste Sendung wurde am Mittwoch, den 1. Oktober 1924 ausgestrahlt. Damals hatten 11.000 Haushalte in Wien und Umgebung eine Empfangslizenz. Drei Monate später waren es bereits 94.000. Zuerst wurde aus dem Dachgeschoss des Heeresministeriums gesendet. Ab 1926 wurde dann in einer ehemaligen Schule in der Johannesgasse 4a im 1. Bezirk eine Sendeanlage eingerichtet. (Diese ist heute im Technischen Museum zu besichtigen.)



Oskar Czeija. Foto, um 1935.

(© Copyright:

Österreichisches Institut für
Zeitgeschichte, Wien –
Bildarchiv)

RAVAG Programm

Die Sendezeit der RAVAG betrug vorerst nur wenige Stunden täglich. Auf dem Programm standen in erster Linie Musik, Unterhaltung und Bildungssendungen. Vor allem ging es Czeija um die kulturelle Bildung der österreichischen Bevölkerung:

„Der Österreichische Rundfunk hat eine dreifache Aufgabe, nämlich zu bilden und zu belehren, ferner zu unterhalten und schließlich für das geistige und kulturelle Niveau Österreichs und seiner Bewohner im Auslande eine wirksame Propaganda zu machen.“

(Oskar Czeija zit. in: Kobltschnig 1993, S. 60)

Gründung

Rundfunk und Politik

„Der Rundfunk-Nachrichtendienst will keine Zeitung sein, er will weder urteilen, noch kommentieren, noch Weltanschauungen vertreten. Er will, wie schon sein Name sagt, lediglich als Übermittler von Nachrichten dienen.“
(Erich Kunst (Verwaltungsrat im RAVAG-Präsidium, 1925)
zit. in: Kobltschnig 1993, S. 62)

Trotz politischer Einflussnahme auf Programm und Gestaltung des Rundfunks, gehörten die Bereiche politische Information und Nachrichten offiziell damals noch nicht zu den Aufgaben des Rundfunks.

Die Möglichkeiten des Rundfunks, als Beeinflussungsmittel zu dienen, stellten für den Staat eine Versuchung dar, das Massenmedium unter Kontrolle zu bringen. Erleichtert wurde dies, da der Rundfunkbetrieb hohe Geldmittel benötigte und durch die Gesetzgebung an eine Lizenz der Postbehörde gebunden war. Der RAVAG-Gründung gingen politische Auseinandersetzungen voraus, da die in Wien führenden SozialdemokratInnen zunächst keine Besitzanteile erhalten sollten. Das Monopol des Staates über den Rundfunk war quasi gesichert und wirkte sich in einem ständigen Ringen der Parteien um ihr eigenes Monopol im Rundfunk aus. Im Fall der RAVAG war der christlichsoziale Einfluss vorherrschend.

Ende der 1920er Jahre wurde der Rundfunk immer mehr zum Instrument der Regierung. Als Bundeskanzler Engelbert Dollfuß am 3. März 1933 schließlich in einem Staatsstreich das Parlament auflöste und am 1. Mai 1934 den autoritären Ständestaat ausrief, wurde der österreichische Rundfunk ganz offen als politisches Propagandamittel missbraucht.

FREIER RADIOBUND

Gründung

Im März 1924 wurde der Freie Radiobund in erster Linie von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaft und des Republikanischen Schutzbundes gegründet. Die ArbeiterInnenschaft sah es als notwendig an, dass es neben den sogenannten bürgerlichen Radioklubs auch einen proletarischen Radioverein geben sollte. Der Freie Radiobund hatte von Beginn an ca. 1000 Mitglieder.

Anfangs war der Freie Radiobund fast ausschließlich eine reine BastlerInnenorganisation. Etwas zu hören, zu empfangen stand im Vordergrund. Selbst von der eigenen Partei wurde der Radiobund nicht ernst genommen und deren Mitglieder abfällig als „Radioten“ bezeichnet. Trotzdem gedieh der Verein zusehends und hatte Ende Oktober 1924 bereits ca. 4.000 Mitglieder. Bis Ende des Jahres kristallisierten sich innerhalb des Radiobundes drei verschiedenen Gruppen heraus:

- die BastlerInnen.
- die Gruppe die das Radio als politische Kraft erkannte und darum einen eigenen Sender wollte.
- die Gruppe die das Radio ebenfalls als politische Kraft erkannte, aber das Monopol der RAVAG akzeptierte und ausschließlich dort ihren Einfluss geltend machen wollte.

FREIER RADIOBUND Politik

Anfänglich orientierten sich die Forderungen an den Bedürfnissen der BastlerInnen. Möglichste Freiheit für die Herstellung von Empfangsapparaten. Kein Monopol für eine Firma. Freier Verkauf von Radiobestandteilen. Möglichkeit des Selbstbaues von Apparaten.

Kleinste Lizenzgebühr für den Besitz von Apparaten.

Freiheit für den Bezug von Nachrichten.

Keine Einschränkung auf den Empfang von bestimmten Wellenlängen. Keine Sperre des Auslandsempfanges.

Einbeziehung der Vereine in den Radiobeirat der RAVAG.

Ab 1926 erkannte die Sozialdemokratische Partei zunehmend die Wichtigkeit des Massenmediums Rundfunk als politisches Kampfmittel und änderte ihre Politik. Ein sozialistisches Programmkomitee wurde gegründet, das die Aufgabe hatte, arbeiterInnenspezifische Programme zusammenzustellen. Der Antrag auf einmal wöchentlich eine Stunde Sendezeit für Vorträge über ArbeiterInnen- und Angestelltenfragen wurde zwar bewilligt, die geforderte "Stunde der Arbeiter" allerdings nicht genehmigt.

Offensichtlich genügte es der Parteispitze einen etwas stärkeren Einfluss auf das RAVAG-Programm zu haben, sonstige Forderungen - beispielsweise nach einem eigenen Sender, wie es einige Mitglieder des Radiobundes verlangten - stellte sie nicht.

ARABÖ

1927 wurde der Freie Radiobund in Arbeiter-Radiobund Österreichs (ARABÖ) umbenannt. Die Mitgliederzahl des ARABÖ stieg sukzessive an und betrug Ende 1931 18.000.

Durch die finanzielle Unterstützung der Arbeiterkammer und der Arbeiterbank wurde es möglich, ein gut ausgebautes Sendernetz zu installieren, das sich über alle Bundesländer erstreckte. Ab 1928 gab es einen regelmäßigen geheimen Sendedienst, der zwei Mal wöchentlich je drei Stunden sendete. Insgesamt gab es 13 geheime Sendeanlagen in Wien - wo auch die Zentrale war - Linz, Salzburg, Klagenfurt, Villach, Innsbruck, Bregenz, Ried i. Innkreis, Bad Ischl, Knittelfeld, Leoben, Bruck a. d. Mur und Selzthal.

Mit dem zunehmend nationalistischen Programm der RAVAG nach der Machtübernahme durch BK Engelbert Dollfuß wurden Protest und Widerstand der sozialdemokratischen HörerInnenenschaft immer lauter. Es kam zu einem HörerInnenstreik. 66.000 AbonnentInnen kündigten bis Ende 1933 ihr Radioabonnement (das entsprach 13 % aller Empfangsgenehmigungen) und manifestierten so ihren Widerstand gegen das immer stärker werdende klerikal nationale Radioprogramm der RAVAG.

ARABÖ 1934

Zunehmend wurde aber auch erkannt, dass man sich von der RAVAG keine Verbesserungen mehr erwarten konnte. Die Situation der Medien verschärfte sich immer mehr, und nicht nur beim Radio, sondern auch bei den Zeitungen wurden Kontrolle und Zensur durch die autoritäre Regierung immer stärker. Im Februar 1934 wurde schließlich die Sozialdemokratische Partei mit all ihren Organisationen und Vereinen verboten. Trotzdem gab es beim Aufstand am 12. Februar 1934 keinen Widerstand mit dem Radio. Während die Regierung ohne Bedenken den Rundfunk für ihre Zwecke nutzte und stündlich Mitteilungen amtlicher Stellen verbreitete, um den Aufstand der ArbeiterInnen niederzuschlagen, blieben die ARABÖ-Sender ungenutzt und wurden nach der Niederschlagung des Aufstandes von der Polizei beschlagnahmt.

Nach dem 12. Februar gab es in Österreich nur mehr sehr vereinzelt sozialdemokratische Widerstandsaktivitäten mit dem Radio. Meist beschränkten sie sich auf das Abhören ausländischer Sender (vgl. NS-Rundfunk).

Ständestaat Politik

Zwischen Februar 1934 und März 1938 regierte das katholisch-konservative Lager unter >> Engelbert Dollfuß diktatorisch (Austrofaschistischer Ständestaat). Die sozialdemokratische Partei und die NSDAP wurden verboten und ihre AnhängerInnen verfolgt.

Auch innerhalb der RAVAG kam es zu Veränderungen: Der österreichische Rundfunk wurde ganz offiziell zum Instrument der autoritären Staatsführung. Justizminister Kurt Schuschnigg beschrieb das Verhältnis folgendermaßen:

"Selbstverständlich muss das Verhältnis eines autoritär geführten Staates zum Rundfunk ein anderes sein. Mit der Ausstattung des Parteienwesens darf und muss auch der Rundfunk vom Staate zu seinen Zwecken in erhöhtem Maße herangezogen werden. Ein so geleiteter Staat muss sich des Rundfunks bedienen." (zit. in: Ergert 1974, S. 133f)

>> Oskar Czeija, der bis zum "Anschluss" 1938 Generaldirektor der RAVAG blieb, sah das ähnlich:

"Der Rundfunk hat eine neue Aufgabe übernommen, nämlich die Aufgabe, das gesamte Volk in einheitlicher Willensbildung zusammenzufassen." (zit. in: Ergert 1974, S. 134)

Ständestaat Maßnahmen

Bis Ende März 1933 trafen Regierung und RAVAG folgende Maßnahmen:

- In den Nachrichten wurde auf das Versammlungsverbot hingewiesen.
- Dollfuß hielt im Radio eine Ansprache über "Die Ziele und Aufgaben der österreichischen Bundesregierung."
- Die RAVAG traf die technischen Voraussetzungen für direkte Übertragungen aus dem Bundeskanzleramt.
- Mitglieder der Bundesregierung erhielten Gelegenheiten für Radio-Ansprachen.

Ständestaat

Der Juli-Putsch 1934 - Schüsse im Radiohaus

Bei dem Putschversuch der NationalsozialistInnen am 25. Juli 1934 wurde BK Dollfuß erschossen. Für die PutschistInnen spielte dabei auch der Rundfunk eine große Rolle, denn nicht nur das Bundeskanzleramt wurde gestürmt, sondern auch die RAVAG: 14 bewaffnete Männer besetzten das Rundfunkgebäude, erschossen einen Wächter und sperrten Direktor Czeija in seinem Zimmer ein. Über den Sender Wien sollte das Stichwort zum allgemeinen Aufstand aller NS-Verbände in Österreich gegeben werden.

Die Sicherheitskräfte der Regierung nahmen das Gebäude unter Beschuss, und nach knapp drei Stunden waren die PutschistInnen überwältigt. Dieser Vorfall zeigt, welche große Bedeutung dem Radio seitens der Politik beigemessen wurde.



Ständestaat Das Ende der RAVAG

Am 9. März 1938 kündigte BK Schuschnigg im Radio eine Volksabstimmung über den "Anschluss" Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland an. Bereits einen Tag später ließ Hitler seine Truppen an der Grenze zu Österreich aufmarschieren.

Am 11. März sendete die RAVAG zum letzten Mal. BK Schuschnigg gab seinen Rücktritt bekannt und dass er dem deutschen Ultimatum weiche.

Schon am Morgen des 12. März 1938 - am Tag der Grenzüberschreitung deutscher Soldaten - war der Rundfunk in nationalsozialistischer Hand und meldete sich als "Deutsch-Österreichischer Rundfunk". RAVAG-Generaldirektor Oskar Czeija wurde sofort all seiner Funktionen enthoben. Ab diesem Tag wurde der Rundfunk von Berlin aus zentral gesteuert und kontrolliert.

Der "Deutsch-Österreichische Rundfunk" wurde der Hauptabteilung 7 der NSDAP-Landesleitung Österreich angegliedert.

NS Radio I

Rundfunk unterm Hakenkreuz - 1938 bis 1945

Von 1938 bis 1945 war Österreich Teil des nationalsozialistischen Deutschland. Unmittelbar nach dem "Anschluss" am 12. März 1938 übernahmen nationalsozialistische Vertrauensleute die Macht im Wiener Funkhaus. Damit stand der NSDAP in Österreich von der ersten Stunde an der Hörfunk zur Verfügung.

Das Radioprogramm wurde zentral von Berlin aus gesteuert. Es war dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda von Joseph Goebbels unterstellt. Die politische Gesinnung der Belegschaft stand für Goebbels vor deren fachlichen Kompetenzen:

"Man sollte wissen, dass der Rundfunk von der höchsten Spitze bis zum letzten Mann im Senderaum ganz eindeutig nationalsozialistisch eingestellt zu sein hat!" (J. Goebbels, zit. in: Egert 1974, S. 175.)

Eines der ersten Ziele nach der Machtübernahme war die Überführung des RAVAG-Vermögens in reichsdeutsche Hände. Bereits am 3. Mai 1938 wurden im Handelsregister Wien die Namen der Vorstandsmitglieder der ehemaligen RAVAG gelöscht, und im November 1939 in der Argentinierstraße das Funkhaus des "Reichssenders Wien" eröffnet.

NS Radio II Nachrichtensendungen

Zum Programm des NS-Hörfunks gehörten Reden von ranghohen Politikern, Reportagen von Reichs- und Gauparteitagen, Staatsakten und Sportereignissen. Um die HörerInnen am Empfangsgerät zu halten, wurde das Radioprogramm mit Musik und Unterhaltung aufgelockert.

Das Angebot des Reichsenders Wien bestand aus 87 Prozent Musik- und nur 13 Prozent Wortsendungen von denen fast die Hälfte der Sendezeit Nachrichten waren, die direkt von Berlin geliefert wurden. Lokalnachrichten bekamen nur wenig Sendezeit. Die wichtigste Sendung war diesbezüglich der "Zeitfunk" (Dauer: 30 Minuten). Im Frühjahr 1939 wurde der "Zeitfunk" durch die "Aktuelle Umschau" ersetzt. Weitere Lokalnachrichtensendungen waren der "Bericht der Woche", die "Zeitbühne" und der "Zeitspiegel". Der Inhalt des Wortprogramms war propagandistisch. Über die Information hinaus sollte vor allem weltanschauliche Erziehungsarbeit geleistet werden.

NS Radio III

Radio im Krieg

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges änderte sich das Radioprogramm. Es gab fast ausschließlich nur mehr das Einheitsprogramm aus Berlin. Dieses bestand zu 90 Prozent aus Musik, darüber hinaus gab es Nachrichten, Frontberichte und militärische Kommentare. Goebbels' Programmlinie aus dem Jahr 1941 lautete: "Gute Laune ist kriegswichtig." (zit. in: Daser 2001, S. 72.)

Infolge des Kriegsverlaufs wurde immer mehr Unterhaltungsmusik gesendet. Seit dem Russlandfeldzug im Juni 1941 sollte die Bevölkerung durch das seichte Radioprogramm abgelenkt und zum Durchhalten motiviert werden. Ab 1942 wurde deshalb nach 20 Uhr nur mehr Unterhaltungsprogramm gesendet.

Im Kontrast zur offiziellen Sendepolitik erhielt das Radio im Krieg eine lebenswichtige Funktion: die Sondermeldungen und Luftwarnungen vor feindlichen Bomben konnten lebensrettend sein. Ab dem 22. März 1944 wurden stündlich Luftlagemeldungen gebracht.

NS Radio Radio und Widerständigkeit

Das Hören nicht-deutscher Sender war verboten und wurde mit Kriegsbeginn unter Strafe gestellt. Die NationalsozialistInnen befürchteten, dass Informationen über den Kriegsverlauf oder Kriegsgräuel den Glauben an einen Verteidigungskrieg und die Glaubwürdigkeit des Regimes schwinden lassen könnten. Doch trotz der harten Strafen (Gefängnis- bis Todesstrafe), die auf das Hören ausländischer Sender ausgesetzt waren, dürften viele Menschen die sogenannten "Feindsender" - vor allem BBC und Radio Moskau - gehört haben, um zusätzliche Information über die tatsächliche politische Lage zu bekommen. Allerdings war das nicht leicht, weil der Volksempfänger und der Deutsche Kleinempfänger (DKE) so konstruiert waren, dass nur der Reichssender empfangen werden konnte.



<http://web.utanet.at/walchhoh/html/volksempfaenger.html>

Quelle:

Beim Kauf jedes Volksempfängers wurde ein rotes Warnschild mitgeliefert, auf dem zu lesen war:

“Das Abhören ausländischer Sender ist ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes. Es wird auf Befehl unseres Führers mit schweren Zuchthausstrafen geahndet.”

<http://web.utahnet.at/walchhoh/html/volksempfaenger.html>

NS Radio Das Ende des Reichssenders Wien

Am 30. März 1945 wurde über Wien der Ausnahmezustand verhängt, aus dem Funkhaus begann der Abtransport von Geräten und Unterlagen. Anfang April näherte sich die Rote Armee Wien, und am 6. April wurde die letzte Sendung aus dem Wiener Funkhaus ausgestrahlt. Der Sender am Bisamberg wurde am 13. April gesprengt.



<http://www.hcrs.at/BSBG.HTM>

„Besatzungsrundfunk“ I 1945 – 1954

Während der Besatzungszeit waren die österreichischen Radiostationen unter den Alliierten aufgeteilt. Auch von Seiten der Besatzungsmächte wurde hier ganz bewusst über das Massenmedium Rundfunk Propagandaarbeit betrieben.

"Jeder Sender kochte sein eigenes Süppchen gewürzt mit der politischen Ideologie der Besatzungsmächte." (Elisabeth Hobl-Jahn: „Ohrenzeugen“ in: Jaggschitz/Mulley 1985)

Französische Besatzungsmacht "Sendergruppe West" (Vorarlberg/Tirol)
Amerikanische Besatzungsmacht "Radio Rot-Weiß-Rot" (Salzburg, Linz, Wien),
Militärsender "Blue Danube Network" (englischsprachig, wegen der Schlager- und Jazzmusiksendungen besonders bei jungen Leuten beliebt)
Britische Besatzungsmacht "Sendergruppe Alpenland" (Steiermark, Kärnten)
Russische Besatzungsmacht "Radio Wien" (Niederösterreich, Burgenland, Wien)

Ab 4. November 1945 wurde die "Stunde der Alliierten" als gemeinsame Sendung der Rundfunksender in Österreich ausgestrahlt.

„Besatzungsrundfunk“ II 1945 – 1954

Zensur wurde bei allen Sendern ausgeübt. Der Hauptzensor war im Wiener Funkhaus angestellt. Anfangs machte vor allem die russische Besatzungsmacht relativ geringen Einfluss auf das Radioprogramm geltend. Nur drei Mal pro Woche wurde die "Russische Stunde" (TASS-Nachrichten) bei Radio Wien mit einer Dauer von je 10 Minuten ausgestrahlt. Als sich aber in Folge der Intensivierung des Kalten Krieges ab 1947 der Druck verstärkte, wurde zunehmend ganz offen kommunistische Propagandaarbeit betrieben.

Die AmerikanerInnen und BritInnen zensurierten von Anfang an, aber nicht so offensichtlich wie die Sowjets. Am wenigsten hat sich die französische Besatzungsmacht eingemischt. Sie zogen sich schon ab 1946 aufgrund finanzieller Schwierigkeiten zurück und überließen die Programmgestaltung weitgehend der österreichischen Studioleitung.

Gegen Ende des Jahres 1947 begannen die Sendergruppen zögernd einen Programmaustausch vorzunehmen. Die Befreiung des Rundfunks aus der Besatzungsmacht erfolgte schließlich 1954, also bereits vor dem Staatsvertrag. Die USA führten ihre Sender in Wien allerdings noch bis Juli 1957 weiter.

Am 25. April 1954 konnte zum ersten Mal österreichweit ein gemeinsames Programm empfangen werden ("Radio Österreich"). Damit begann in Österreich der Proporzrundfunk.

Der Proporzrundfunk

Zur Vorgeschichte: Proporzrundfunk - 1954 bis 1964

Seit 1947 gab es in Österreich eine fast oppositionslose Koalitionsregierung, die sogenannte „Große Koalition“ zwischen den beiden Großparteien ÖVP und SPÖ. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die VertreterInnen der einst feindlichen Lager gewillt, gemeinsam die Zweite Republik aufzubauen.

Von Seiten der Koalitionsparteien wurde der Rundfunk allerdings nicht als Forum des politischen Diskurses in einer demokratischen Gesellschaft begriffen, sondern lediglich als im Dienste der Parteipolitik stehend und als Sprachrohr der PolitikerInnen.

Proporz, Postenhandel und Parteiprotektion hielten auch Einzug in den österreichischen Rundfunk.

„...in den 50er Jahren ist dann der Rundfunk, nachdem er aus der Aufsicht der Besatzungsmächte entlassen wurde, das geworden, was er später war: Ein Koalitionsrundfunk, in dem sich die Parteien breit gemacht haben.“ (Helmut Zilk, Interview vom 18.9.2000/Wien, in: Hanreich 2001, S. 17.)

Mit der Gründung der >>Österreichischen Rundfunk GmbH 1957 begann sich der Rundfunk vollends in einen Proporzrundfunk zu verwandeln. Der vierköpfige Vorstand bestand aus einem Generaldirektor, einem Programmdirektor des Hörfunks, einem technischen Direktor und einem Fernsehdirektor. Je zwei Männer gehörten der ÖVP und zwei der SPÖ an. In allen wichtigen Dingen konnte der Vorstand nur einstimmige Beschlüsse fassen.

Der Proporzrundfunk

Auswirkungen

Es gab keinen wirklich „freien“ Journalismus im Rundfunk. Die Programmverantwortlichen mussten sich an den Parteien orientieren. Ein Passus im Koalitionsabkommen von 1959 ist ein Passus enthielt den Zwang zur unkritischen Berichterstattung bestätigt:

„Die Bundesregierung wird an den Vorstand der Rundfunk Ges. m. b. H. die Aufforderung richten, Verunglimpfungen und Verspottungen der demokratischen Einrichtungen und ihrer Träger sowie von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ins Rundfunk und Fernsehen zu unterbinden.“ („Proporz und Zensur auf Österreichs Ätherwellen“ in: Kronen Zeitung, 23.11.1960, zitiert in: Hanreich 2001. S. 40.)

1959 war das Proporzsystem auf allen Ebenen bereits so weit ausgebaut, dass in Streitfällen zuerst die Meinung der jeweiligen politischen Gremien eingeholt wurde und nicht die Meinung der sachlich zuständigen Instanzen im Rundfunk.

Im Tagesdurchschnitt mussten die ÖsterreicherInnen fast 25 Minuten „politische Werbung“ (politische Belangsendungen, Übertragungen aus dem Parlament etc.) in Kauf nehmen.

Anfang der 1960er Jahre wurden - vor allem von Seiten der unabhängigen Presse - immer mehr Stimmen laut, die den Proporzrundfunk kritisierten und einen partei-unabhängigen, freien Rundfunk forderten.

Das RUNDFUNKVOLKSBEGEHREN 1964

Hugo Portisch, zu jener Zeit Chefredakteur der damals größten österreichischen Tageszeitung, des Kurier, startete auf eigene Faust eine Unterschriftenaktion. Diese Aktion strebte die für ein Volksbegehren notwendigen 200.000 Unterschriften an. Auch andere Blätter (Kleine Zeitung; Wochenpresse; Salzburger Nachrichten; Die Presse; Zukunft) erklärten sich sofort bereit, die Unterschriftenaktion zu unterstützen. Es wurden 370.000 Unterschriften gesammelt.

Von Regierungsseite zeigte man sich grundsätzlich bemüht und entgegenkommend. „Aber im Inneren waren alle Parteien dagegen, weil sie um ihren Einfluss gefürchtet haben.“ (Kurt Tozzer, Interview am 19.9.2000/Wien zit. in: Hanreich 2001, S. 63.)

SPÖ und ÖVP setzten ein sogenanntes Rundfunkkomitee ein, das binnen eines Jahres - bis zum 30. Juni 1964 - Lösungsvorschläge für eine Rundfunkreform ausarbeiten sollte. Aber das Komitee das bis Ablauf der Frist tagte konnte sich nicht einigen.

Das Eintragungsverfahren für das erste Volksbegehren der Zweiten Republik wurde auf die Woche vom 5. Oktober bis zum 12. Oktober festgelegt. Das Ergebnis war enorm: 832.353 gültige Unterschriften wurden gezählt.

In weiterer Folge wurde das Volksbegehren 1965 an den Nationalratsausschuss verwiesen. Dort wurde es aber nicht abgeschlossen und landete somit in der Schublade, weil im Parlament dieselben ParteienvertreterInnen saßen, die Rundfunk und Fernsehen verpolitisiert hatten und demzufolge an einer Lösung nicht interessiert waren.

Das RUNDFUNKVOLKSBEGEHREN 1964

Umsetzung

Als es dann 1966 zur Parlamentsauflösung kam und das Kabinett Klaus zurücktrat, verfielen automatisch alle Initiativen und mussten neu eingebracht werden. Im Wahlkampf war die Parole der ÖVP, dass sie im Falle einer Mehrheit das Volksbegehren umsetzen würde. Diese Mehrheit bekam sie auch (1966-1970: ÖVP-Alleinregierung unter BK Klaus), weshalb sie gezwungen war, ihr Versprechen einzuhalten, allerdings nicht ohne den Text des Volksbegehrens bezüglich der Besetzung der zuständigen Gremien zu ihren Gunsten zu verändern. Am 8. Juli 1966 wurde schließlich das Österreichische Rundfunkgesetz im Nationalrat beschlossen, das am 1. Jänner 1967 in Kraft trat.

Durch das Rundfunkgesetz wurde der ORF eine der wenigen europäischen Rundfunkanstalten mit voller Programm-, Personal- und Finanzautonomie (Monopolrundfunk).

Eine wesentliche Neuerung der Organisationsstruktur des Österreichischen Rundfunks war das Intendanturprinzip. Die Wahl fiel auf >>Gerd Bacher, mit dem das Zeitalter eines zumindest im Vergleich zu früheren Zeiten „objektiven“ ORF begann, obwohl Teile des Proporzsystems wieder eingeführt wurden und bis heute - auch bei den Personalbesetzungen - zu finden sind.

Dualer Rundfunk öffentlich-rechtlich und privat

Seit 1993 gibt es keine monopolistische Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mehr, sondern das duale Rundfunksystem, welches öffentlich-rechtliche und private RundfunkanbieterInnen nebeneinander bestehen lässt. Zwischen öffentlich-rechtlichen (ORF) und privaten Rundfunkanstalten gibt es wesentliche Unterschiede, da ihre unternehmenspolitischen Zielsetzungen verschieden sind. Die unterschiedlichen Finanzierungsformen haben großen Einfluss auf die marketingpolitischen Handlungsmöglichkeiten, auf die Programmstruktur und die inhaltlichen Schwerpunkte.

Dualer Rundfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ORF)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein gesellschaftlich verantworteter Integrationsrundfunk, der sich u.a. über Gebühren finanziert. Er ist für die Allgemeinheit geschaffen und hat einen Programmauftrag, der gesetzlich verankert ist (Rundfunkgesetz, ORF-interne Richtlinien). Demnach hat der ORF eine "öffentliche Aufgabe" zu erfüllen und zwar unter Bedachtnahme auf: Objektivität, Ausgewogenheit und Unparteilichkeit der Berichterstattung. Zur Kontrolle gibt es verschiedene "Kontrollorgane" (Rundfunk- und Fernsehrat). Nachrichtensendungen von öffentlich-rechtlichen Anstalten haben längere Sendezeit.



www.audioproject.com/ref09.htm

Am 5. Juli 2001 wurde ein neues ORF Gesetz beschlossen, das am 1. August 2001 in Kraft trat. Die Wahrnehmung des öffentlich-rechtlichen Auftrags soll im Rahmen einer Stiftung öffentlichen Rechts erfolgen, ein Stiftungsrat tritt an die Stelle des Kuratoriums. Anstelle der HörerInnen- und SeherInnenvertretung ist ein Publikumsrat eingerichtet, der zum Teil direkt von den GebührenteilnehmerInnen gewählt wird.

Seit 1. Jänner 2002 ist mit Monika Lindner zum ersten Mal eine Frau Generalintendantin des ORF.

Der ORF besitzt heute 12 Radioprogramme und 9 Landesstudios.

Dualer Rundfunk Privatsender

Privatsender sind primär am Markt orientiert, an den sogenannten Bedürfnissen der KonsumentInnen. Die Finanzierung erfolgt durch den Verkauf von Werbezeit an die Werbewirtschaft. Private Anstalten setzen sich aus Gesellschaften zusammen und sind der Allgemeinheit nicht verpflichtet. Sie können sich ihr Zielpublikum selber aussuchen. Es gibt auch keine gesellschaftliche Kontrollfunktion. Kommerzielle Informations-Sendungen sind mehr am Sensationswert als an politisch-gesellschaftlicher Relevanz interessiert.



Beispiel: Die Reportage über die „Reichskristallnacht“

Vorgeschichte

Die Novemberpogrome in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 waren organisierte Ausschreitungen gegen Juden und Jüdinnen. In Österreich wurden 42 Synagogen zerstört, 27 Juden und Jüdinnen getötet und 88 schwer verletzt. Tausende wurden verhaftet und ins KZ Dachau verschleppt. Im Nachhinein wurden die Plünderungen und die Gewalt als Aktionen des „spontanen Volkszorns“ dargestellt – als Antwort der Bevölkerung auf den Tod eines deutschen Diplomaten, der am 7. November in Paris von einem polnischen Juden erschossen worden war. Jedoch hat es detaillierte Anweisungen aus Berlin über das Vorgehen der Gestapo in Wien gegeben. Der Polizei war beispielsweise das Eingreifen in die Ausschreitungen untersagt.

Die Reportage

Am 10. November 1938 meldete sich der Reporter >>Eldon Walli für die Nachrichtensendung >>„Zeitfunk“ aus Wien Leopoldstadt, nachdem dort in der Nacht eine jüdische Synagoge zerstört worden war:

Beispiel: Die Reportage über die „Reichskristallnacht“

Die Quelle

[Reporter] „Zehnter November...Wir stehen mit unserem Mikrophon vor dem Josephstädter Judentempel. Ihn heute noch so zu bezeichnen, ist eigentlich schon etwas geschmeichelt. Denn die erbitterten Einwohner, arischen Einwohner dieses Bezirkes, haben nach dieser ruchlosen Tat von Paris es sich nicht nehmen lassen, um auch hier ihren abgrundtiefen Hass gegen das Judentum zu bezeigen. Der Judentempel war in wenigen Minuten ein Raub der Flammen.

Und wenn wir uns jetzt hier in diesem orientalischen Kuppelbau umsehen, dann ist von dem eigentlichen Tempel, von diesem prunkvollen und mit viel Geld erbauten Gebäude, nur mehr das Gerippe, das alte Gerüst übriggeblieben. Und dieses Gerüst ist schon so baufällig, dass das Wahrzeichen des Judentums, auf das sie besonders in Wien so stolz waren, hoffentlich in wenigen Tagen zur Gänze mit dem Erdboden gleichgemacht wird und zur Gänze hier in Wien verschwinden wird.

Die Wiener Bevölkerung, die immer mit erbittertem Grimm in der Tempelgasse an diesem Prunkbau vorbeigegangen ist, steht jetzt auf der Straße und jeder möchte gerne herein sehen, möchte sich überzeugen, wie es hier aussieht und ob tatsächlich alles so ist, wie's ihm ums Herz ist – nämlich so, dass man es nicht wieder aufbauen kann.

Bei uns sind die Männer der Feuerwehr, die Männer der SA und der Kreisleitung. Hier muss man es wieder der Partei zuschreiben, dass das Judentum vor dem größten Unglück bewahrt wurde. Wenn auch die Volksmeinung und die Massen der Bevölkerung erbittert gegen die Juden auftreten, so ist es immer wieder die Partei, die ihnen wenigstens noch das Leben rettet und sie vor dem gänzlichen Untergang bewahrt. Denn hier hat die Partei Verständnis, die Partei zeigt, dass ein kultiviertes Volk das Volk der Deutschen ist und nicht, wie der Jude behauptet, der Deutsche sei ein Volk der Barbaren. Die Juden können es sich nur selbst zuschreiben, dass es soweit gekommen ist. Und das werden mir alle, die hier um mich herumstehen, bestätigen können.

Bei uns ist der Tempeldiener, das heißt nicht der Tempeldiener – ist vielleicht schlecht ausgedrückt – sondern der...

[Erster Mann] ‚Portier‘

[Reporter] ...der Tempelportier, der bisher die Aufgabe hatte, über dieses Gebäude zu wachen. Bezeichnerweise hat man wieder einen Arier zu diesem schönen Geschäft genommen, denn ein Jude wäre für diese tiefe und einfache Arbeit – das ist nämlich neben dem elektrischen...

[Erster Mann murmelt unverständlich]

[Reporter] ...äh Arbeiten, die hier im Hause notwendig waren, Heizer, wie Sie sagen – da ist ein Jude nämlich zu schade, wissen Sie. Juden haben nur Interesse, Arbeiten zu verrichten und zu vollbringen, die möglichst wenig beschmutzte Hände beschaffen und möglichst viel Geld in den Sack bringen. Bei Ihnen wird das ja nicht so der Fall gewesen sein. Und Sie sind jetzt froh, dass sie von hier los kommen, nicht?

[Erster Mann] Von hier los komme

[Reporter] Wie lange waren Sie denn schon hier?

[Erster Mann] 14 Jahr'

[Reporter] 14 Jahre?

[Erster Mann] 14 Jahr'

[Reporter] Und die Männer der SA, die hier ihren Absperrdienst vollbringen, die können vielleicht auch etwas erzählen? Wie das Ganze vor sich gegangen ist...

[Zweiter Mann] Ich bin erst kurze Zeit hier. Wir räumten den Platz jetzt und zwar, weil Einsturzgefahr im Tempel ist. Es befindet sich sonst niemand hier in der Gegend.

[Reporter] Na, es ist jetzt alles weg. Leute stehen nicht mehr auf der Straße und wir werden auch gleich verschwinden. Also, ich glaube, der Tempel kann ohne weiteres einstürzen. Wir haben alle nichts dagegen, was?

[Zweiter Mann, sowie weitere] Nein, nein, nein [Gelächter im Hintergrund]

[Reporter] Neben mir ist ein Mann von der Feuerwehr, der uns hier bestätigen wird, dass der letzte Feuerschein bereits gelöscht wurde und dass jetzt eigentlich die Leute ihres Amtes walten, die mit dem Abräumen beginnen, nicht?

[Dritter Mann] Ja, es steht bereits...nur mehr die Grundmauern sind übriggeblieben. Das Feuer ist so gelöscht, dann simma aussigangen, nachdem keine

Nahrungsmittel mehr vorhanden waren. Als wir äh hergekommen sind, da hatten wir nur mehr äh das Ganze in Flammen gesehen...wir konnten auch die Rettungsaktionen nicht durchführen, da wir bis zum Brandherd nicht vorgegangen sind. Und wir uns eigentlich die Hände gewärmt haben, net? Wir haben gewartet, bis sich die Grundmauern von selbst niederlegen, net?

[Reporter] Und die Juden haben sich alle rechtzeitig aus dem Staub gemacht?

[Dritter Mann] Und die Juden haben sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht, net. Und teilweise waren sie noch als Zuseher verkleidet mit einem Parteiabzeichen. Sie sind noch von der Polizei abgeführt worden.

[Unverständliches Gemurmel]

[Reporter] Sogar das, diese Frechheit erlauben sie sich noch. Na, aber das ist ja jetzt vorbei.“

Beispiel: Die Reportage über die „Reichskristallnacht“

Analyse

Dieses Tonbeispiel zeigt, wie entscheidend die Postenbesetzung nach politischer Gesinnung im Rundfunk war. Ein unbefangener Reporter wäre in Darstellung und Wortwahl nicht derartig zynisch gewesen wie >>Eldon Walli.

Walli bedankt sich bei „der Partei“ dafür, die jüdische Bevölkerung „vor dem größten Unglück bewahrt“ zu haben. Die von Goebbels inszenierten Ausschreitungen werden im Radiobericht als spontanes Ergebnis des Volkszorns dargestellt. Mit keinem Wort wird erwähnt, dass „die Partei“ das Brandschatzen und Plündern organisiert hat. Die jüdische Bevölkerung sollte „der Partei“ eigentlich dankbar sein.

In der Reportage werden nicht nur Tatsachen verdreht, sondern der Reporter ist auch emotional und wertend. Zahlreiche Vorurteile und Klischees werden transportiert:

- das Bild vom Juden als „Wucherer“ und „Kapitalisten“: „möglichst wenig beschmutzte Hände beschaffen und möglichst viel Geld in den Sack bringen“, „von diesem prunkvollen und mit viel Geld erbauten Gebäude“, „Prunkbau“.

Das Motiv des sozialen Neids gegenüber jüdischen Intellektuellen: „Bezeichnenderweise hat man wieder einen Arier zu diesem schönen Geschäft genommen, denn ein Jude wäre für diese tiefe und einfache Arbeit...da ist ein Jude nämlich zu schade“.

„Rassenideologie“: der deutschen „Herrenrasse“ stand in der nationalsozialistischen Ideologie der „jüdische Untermensch“ gegenüber. In der Reportage wird das „deutsche Volk“ als überlegen und großmütig präsentiert: „dass ein kultiviertes Volk der Deutsche ist und nicht, wie der Jude behauptet, der Deutsche sei ein Volk der Barbaren“.

Zum Aufbau der Reportage

Wo sind die Fakten?

An Fakten berichtet der Reporter nur wenig: das Datum („10. November“), den Ort des Geschehens („Josephstädter Judentempel“) und den Ort der Reportage („in der Tempelgasse“). Mit den Ereignissen hält er sich nur kurz auf („in wenigen Minuten ein Raub der Flammen“, „Gerüst ist schon so baufällig“, „der letzte Feuerschein bereits gelöscht“).

Die Personen am Schauplatz werden eingeführt („bei und sind die Männer der Feuerwehr, die Männer der SA und der Kreisleitung“, „bei uns ist der Tempeldiener [...] ein Arier“, „Männer der SA, die hier ihren Absperredienst vollbringen“, „die Wiener

Bevölkerung [...] steht jetzt auf der Straße“, „Leute stehen nicht mehr auf der Straße“, „Leute, die mit dem Aufräumen beginnen“).

Wer wird einbezogen?

AugenzeugInnen bzw. PassantInnen werden in die Reportage einbezogen. Sie berichten über das Ereignis und der Reporter greift ihre Aussagen auf, um Klischees zu transportieren. Es ist möglich, dass die AugenzeugInnen gar nicht echt waren, sondern ihre Rollen und Aussagen vorher abgesprochen waren. Da das ganze Pogrom vorbereitet war, ist es naheliegend, dass auch die Berichterstattung bis ins kleinste Detail geplant und inszeniert war. Vom ersten Interviewpartner erfahren die HörerInnen, dass er „Portier“ war und zwar „14 Jahr“ lang. Dass er endlich „von hier los komme“ legt ihm der Reporter in den Mund.

Der zweite Mann berichtet, dass der Platz geräumt worden sei und „Einsturzgefahr im Tempel“ bestehe. Dass er gegen den Einsturz des Tempels nichts einzuwenden hat, suggeriert der Reporter.

Der dritte Mann berichtet, dass das Feuer gelöscht sei, dass im Tempel keine ihm wertvoll erscheinenden Gegenstände mehr seien (Nahrungsmittel) und dass zur Rettung der Synagoge keine Anstalten gemacht worden wären. Dass sich „die Juden rechtzeitig aus dem Staub gemacht“ hätten, spricht ihm der Reporter vor.

Darstellungsform

Der Reporter berichtet in der „Wir“-Form und verallgemeinert die „Wiener Bevölkerung“. Dadurch entsteht Distanz zwischen „Wir (Arier) und „den Juden“, die aus dieser Gemeinschaft ausgenommen sind.

Übung

Literatur und Links

- Brunner-Szabo, Eva (1989) Medien im Widerstand. Vom Arbeiter-Radiobund in der 1. Republik bis zu den Freien Radios und Piratensendern heute oder Möglichkeiten eines demokratischen Gebrauchs von Massenmedien, Dissertation, Univ. Wien, Wien
- Daser, Barbara Christine (2001) ‚Wie’s ihm ums Herz ist‘. Hörfunk als Motor des NS-Staates. Radio in Österreich bis 1945, Diplomarbeit, Univ. Wien, Wien
- Egert, Viktor (1974-1985) 50 Jahre Rundfunk in Österreich, 4 Bände, Wien
- Hanreich, Christa (2001) Das Rundfunkvolksbegehren 1964, Diplomarbeit, Univ. Wien, Wien
- Hobl-Jahn, Elisabeth (1985) Ohrenzeugen in: Jaggschitz/Mulley Die wilden 50er Jahre, Ausstellungskatalog
- Koboltschnig, Anne-Gret (1993) Radio zwischen den Zeiten. Das Wort-Programm der Ravag von 1924 bis 1933, Dissertation, Univ. Wien, Wien
- Moser, Karin (2002) Propaganda und Gegenpropaganda. Das "kalte" Wechselspiel während der Alliierten Besatzung in Österreich, in: medien & zeit, Nr. 1/2002, S. 27-42.
- ORF (Hg.) (1955, 1969, 1974, 1977, 1983, 1986/87, 1991/92, 1995/96) ORF-Almanach, Wien
- Profil* vom 2.6.2003, 34. Jahrgang, Nr. 23, S. 47
- Sturm, Robert/Zirbik, Jürgen (1996) Die Radio-Station. Ein Leitfaden für den privaten Hörfunk, Reihe Praktischer Journalismus, Band 15, Trento
- Wolf, Franz Ferdinand (2001) 25 Jahre ORF 1975 – 2000, Salzburg, Wien, Frankfurt/Main

Links:

www.aeiou.at

www.demokratiezentrum.org

http://www.rtr.at/web.nsf/deutsch/Rundfunk_Fernsehen

<http://publikumsrat.orf.at/historie.html>

<http://www.rtr.at/web.nsf/deutsch/Rundfunk~Hoerfunk>

http://www.wko.at/rp/telekom/medien_gesetz.htm#Fernsehklusivrechtgesetz

<http://kundendienst.orf.at/fakten/derorfstelltsichvor/>

http://www.ebu.ch/news/press_archive/press_news_01_2002.html

